

Raimund Krämer

Die Metamorphosen der Macht und die Rückkehr des Caudillo

1. Einleitung

Nach der großen europäischen Wende von 1989 rechneten Freund und Feind mit dem Zusammenbruch des "sozialistischen Leuchtturms" in der Karibik, vor allem aber mit dem Ende der Macht Fidel Castros, des *Máximo Líder* der kubanischen Revolution. Der Zusammenbruch des politischen Systems auf Kuba schien nur eine Frage der Zeit zu sein, und der anschließende Zerfall der UdSSR, des wichtigsten Verbündeten Kubas, bestärkte noch diese Auffassungen. Mittlerweile sind über zehn Jahre vergangen und Fidel Castro ist immer noch an der Macht. Auf den ersten Blick – und mancher Besucher kommt angesichts karibischer Schönheiten zu keinem zweiten – scheint Kuba weiterhin jene Insel zu sein, die in den 60er Jahren zu einem politischen Modell gemacht wurde: mit einer politischen Legende an der Spitze, mit revolutionärer Rhetorik und mit einer leidenschaftlich engagierten Bevölkerung, die bereit ist, im Kampf gegen "den imperialistischen Goliath im Norden" alles zu geben. Zwar bemerkt auch der flüchtige Blick, dass der revolutionäre Lack erheblich blättert, und dies nicht nur in der einfallenden Altstadt von Havanna. Aber die Mischung aus dem mitgebrachten Klischee und der offiziellen Selbstdarstellung gibt so manchem gut betuchten Besucher, den es Ende der 60er Jahre noch in Turnschuhen und mit Che-Poster in der Hand auf bundesdeutschen Straßen umhergetrieben hatte, das leise Gefühl, dass es hier doch "anders" sei und die in Europa vertriebene revolutionäre Idee an den kubanischen Stränden Unterschlupf gefunden habe.

2. Der Jahrhundertzirkel schließt sich

Quo vadis Kuba? ist der Titel so mancher Seminare und Tagungen, die über die Zukunft der größten Karibikinsel durchgeführt werden und zu dieser Frage wurde in den letzten zehn Jahren auch viel geschrieben (vgl. Ritter 1991; Planas 1992; Schulz 1993; Mesa-Lago 1993; Jorge 1994; Mujal-León/Saavedra 1977; Centeno/Font 1996; Domínguez 1993 und 1997 sowie

Krämer 1993, 1995 und 1998). Anstatt sich in spekulative Zukunftsbetrachtungen mit den beliebten (drei) Szenarien zu stürzen, will der Aufsatz einen Blick in die Vergangenheit werfen, wobei der gegebene Rahmen zur Konzentration auf die jüngere Geschichte zwingt. Dadurch wird jedoch das hierzulande gängige Klischee, kubanische Geschichte beginne im Jahre 1959, leider fortgeschrieben. Besondere Aufmerksamkeit soll dabei den kubanischen Eliten und natürlich der Person Fidel Castros geschenkt werden. Vorsichtige Überlegungen über künftige Entwicklungen sollen auch diesen Aufsatz beschließen; sie sind aber – wie alle sozialwissenschaftlichen Prognosen, die die Zukunft betreffen – mit kritischer Distanz zu lesen.

Wenn man die kubanische Entwicklung seit Beginn des Jahrhunderts betrachtet, dann scheint sich am Ende des Jahrhunderts der Kreis zu schließen. Es begann mit der Herrschaft der *Mambí*-Generäle aus dem Unabhängigkeitskrieg, die in den 20er Jahren in das autoritäre Regime von General Machado mündete. Seit Beginn der 30er Jahre beherrschte der schwarze Sergeant Fulgencio Batista die politische Szene Kubas indirekt – als „graue Eminenz“ im Hintergrund – und direkt – als gewählter Präsident. Im Jahre 1952 putschte er sich erneut an die Macht. Sein Regime verrohte zusehends und bekam Züge einer von brutaler Gewalt und Vetternwirtschaft geprägten sultanistischen Herrschaft (Domínguez 1998). Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung lehnte Batista ab. Besonders bei den Studenten und in den Gewerkschaften schlug die Ablehnung in Widerstand um. Bewaffnete Aktionen begannen und 1956 nahm die „Bewegung des 26. Juli“, M-26, unter der Führung des jungen Anwaltes Fidel Castro Ruz in den Bergen der Sierra Maestra im Osten des Landes den Guerilla-Kampf auf. Dem Sturz Batistas Ende 1958 folgte eine provisorische Regierung, von der einige erhofften, sie bringe dem Land eine „echte Demokratie“. Aber in der scharfen, mit irrationalen Zügen versehenen Auseinandersetzung mit den USA verkündete Castro bereits 1962 den „Aufbau des Sozialismus“. Kuba wechselte im weltweiten Schach des Kalten Krieges die Seite, jedoch folgte zunächst die Enttäuschung über Moskau. Während der karibischen Raketenkrise im Oktober 1962, die die Menschheit an den Rand einer nuklearen Katastrophe gebracht hatte, fühlten sich Castro und Che Guevara von Chruschtschow verraten und orientierten sich nun am „chinesischen Modell“. Der Ende der 60er Jahre geplante „große Sprung“, vor allem in der Zuckerproduktion, scheiterte und Fidel Castro begab sich auf den Canossagang nach Moskau. Das sich nun herausbildende politische System wurde in seiner institutionellen Gestaltung eine (karibische) Variante des Realsozialismus, wie er in der Sowjetunion

sowie in Ost- und Mitteleuropa entstanden war, und muss trotz Palmen, blauer Karibik und weißer Strände als totalitär angesehen werden. Dieses realsozialistische System löste sich Ende der 80er Jahre schrittweise auf und wandelte sich allmählich (wieder) in ein autoritäres Regime um, in dem der *Caudillo* Fidel Castro die alle und alles beherrschende Figur ist. Sein Charisma, seine Ausstrahlung, gibt dem System trotz bröckelnder Legitimität angesichts des wirtschaftlichen Niedergangs, sozialer Auflösung und selektiver Repression immer noch Stabilität. Ob sich aber aus diesen autoritären Strukturen demokratische entwickeln können, ob auch Kuba den Weg der Transformation zu liberaler Demokratie und Marktwirtschaft geht, das kann heute niemand mit Sicherheit sagen. Die Antwort auf diese Frage ist vor allem mit jener Person verbunden, die heute noch vor Salsa-Musik und Cohiba-Zigarren weltweit das Markenzeichen für Kuba ist – Fidel Castro.

3. Von der Machtübernahme bis zur gescheiterten *Gran Zafra* – die 60er Jahre

In seinem Manifest vom Juli 1957 hatte Fidel Castro als Führer der Partisanenbewegung M-26 in den Bergen der Sierra Maestra an die demokratischen Traditionen anknüpfen wollen und versprach freie Wahlen entsprechend der Verfassung von 1940. Diese sollten innerhalb eines Jahres nach Errichtung einer provisorischen Regierung erfolgen. Im Januar 1959 zog er unter den Begeisterungstürmen der *habaneros* in die Hauptstadt ein. Im April 1959, nun bereits Ministerpräsident, sprach er von der Verschiebung der Wahlen. Am 1. Mai 1960 wurden dann sowohl die liberale Demokratie als auch die dazugehörigen Wahlen schlichtweg als dekadent deklariert. In der Folgezeit zog Fidel Castro die Legitimierung seiner Herrschaft durch öffentliche Aklamationen vor und lehnte Wahlen ab. Die *Plaza de la Revolución* mit Hunderttausenden von Kubanern, die Castro enthusiastisch zujubelten, wurde zum wichtigsten politischen Raum und zur entscheidenden Legitimationsquelle. Zugleich lehnte Castro jegliche Institutionalisierung der neuen Macht, also zum Beispiel auch rätedemokratische Strukturen, ab. Verweise auf die (reale) äußere Bedrohung sowie die Gefahr der Verbürokratisierung dienten ihm stets als Rechtfertigung dafür. Traditionelle paternalistische Muster wurden – nun in revolutionärer Umhüllung – zur Grundlage der politischen Struktur Kubas. In deren Zentrum stand die Fidel Castro, dessen Machtausübung wohl am besten mit dem von Max Weber entwickelten Konzept der charismatischen Herrschaft beschrieben werden kann. Zwar schälte sich nach heftigen inneren Auseinandersetzungen eine einzige politi-

sche Organisation aus drei Parteien beziehungsweise Bewegungen¹ allmählich heraus. 1965 erhielt sie die Bezeichnung Kommunistische Partei Kubas (PCC) und übernahm die politische wie auch die administrative Leitung des Staates. Jedoch blieben die autoritären Weisungs- und Gefolgschaftsbeziehungen, die mit der Person Fidel Castros verbunden waren, weiterhin das zentrale Element dieser Herrschaft. Die Revolution durchlebte ihre "romantische Phase" mit allgemeiner Steuerfreiheit, kostenlosem Telefonieren, der Geburt des von Che verkündeten "neuen Menschen", einer chinesisch geprägten Kulturrevolution, dem ersten Massenexodus und schließlich einem wirtschaftlichen Desaster. Ende der 60er Jahre kam es zu einer ersten schweren Legitimationskrise Castros. Der Versuch, die schwierige wirtschaftliche Lage durch eine Rekordernte im Zuckerrohr, die *Gran Zafra*, im Jahre 1970 zu lösen, misslang und hatte für die anderen wirtschaftlichen Bereiche katastrophale Folgen. Parallel dazu verschärfte sich der Druck auf kritische Intellektuelle (Padilla-Affäre) und gegenüber echten bzw. vermeintlichen Abweichlern in der Partei (Mikrofraktion).²

4. Das realsozialistische Modell in den 70er Jahren und die Korrekturbewegung der 80er Jahre

Angesichts des Scheiterns des bisherigen politischen Projekts vollzog Castro 1970 eine politische Neuorientierung, die eine engere Bindung an die UdSSR und die Übernahme des realsozialistischen Systems sowjetischen Typs bedeutete. Die politische Macht wurde nun strukturiert und formalisiert. Diese "Institutionalisierung der Revolution" führte in der Zeit von 1970 bis 1975/76 zur (formalen) Trennung von staatlichen Funktionen und Parteiapparat. Interne Strukturen im Staatsapparat entstanden, die Wirtschaft erhielt ein "System der staatlichen Planung und Leitung" und der Marxismus-Leninismus wurde zur offiziellen Ideologie.³ Im Dezember 1975 fand dann – 16 Jahre nach der Machtübernahme – der 1. Parteitag der PCC statt.

¹ Die drei entscheidenden Organisationen waren zu jener Zeit die Bewegung des 26. Juli (M-26) von Fidel Castro, das Direktorium des 13. März und die Sozialistische Volkspartei (PSP), die Partei der kubanischen Kommunisten.

² Die große Auswanderung – ca. 12% der Bevölkerung verließen das Land und gingen vor allem in die USA und nach Spanien – begrenzte sicherlich das Ausmaß der Repression. Jedoch dokumentieren jüngere Arbeiten (Fontaine 1997) den Umfang des staatlichen Terrors und dessen Ähnlichkeiten mit dem sowjetischen Modell, so z.B. die sehr harten Strafen für ehemalige Revolutionäre.

³ Aus der Vielzahl der Literatur zum Institutionalisierungsprozess sei hier auf LeoGrande (1979); Azicri (1980); Mesa Lago (1983) und Rabkin (1991) verwiesen.

Mit der Wahl Fidel Castros zum Vorsitzenden des Staatsrates, des gemäß der Verfassung formell höchsten Organs, wurde im Dezember 1976 auf der 1. Tagung der Nationalversammlung der Schlussstein in die übernommene realsozialistische Machtstruktur eingefügt. Artikel 5 der neuen Verfassung erklärte die PCC, ca. 500.000 Mitglieder und Kandidaten gehören ihr an, zur führenden Kraft der Gesellschaft. Deren 1. Sekretär – Fidel Castro – wurde zugleich Vorsitzender des Staatsrates, d.h. Präsident des Landes, und damit ex officio oberster Befehlshaber der Streitkräfte. Als Vorsitzender des Ministerrates (Regierung) steht Castro auch der Exekutive, einschließlich der Wirtschaft, vor. Der PCC wurde ein System von Massenorganisationen wie die Gewerkschaft CTC, der Bauernverband ANAP und der kommunistische Jugendverband UJC zugeordnet. Darüber hinaus wurde mit den "Komitees zur Verteidigung der Revolution" (CDR), offiziell als "Augen und Ohren der Revolution" bezeichnet, ein engmaschiges Informations- und Sicherheitsnetz geschaffen, das zugleich soziale Aufgaben des Staates – zum Beispiel die Verteilung von Nahrungsmitteln – in Wohngebieten übernahm. (Den CDR gehören ca. 5,5 Millionen Kubaner an.) Der Marxismus-Leninismus, mit dem Castro bis dahin recht wenig am Hut hatte, wurde zur herrschenden Ideologie erklärt und entsprechend propagiert. Charakteristisch bei der Herausbildung dieses realsozialistischen Systems war das hohe Maß an Abgeschlossenheit der kubanischen Gesellschaft durch ein festes Informationsmonopol des Staates, auf das bis heute mit Argusaugen geachtet wird. Nicht zuletzt gehörten nun soziale Gleichmacherei und Nivellierung der Lebensbedingungen für die Mehrheit der Bevölkerung und privilegierte Versorgungskanäle für die Funktionärsschicht zu den Merkmalen des sozialen Lebens auf der Karibikinsel.

Das kubanische System der 70er und 80er Jahre als totalitär zu charakterisieren, stößt hierzulande häufig auf Protest, zumindest aber auf Unbehagen – selbst wenn man diese Bezeichnung für die DDR gelten lässt. Zweifellos waren die Grundelemente eines solchen Systems vorhanden, wenngleich einige davon eher in abgeleiteter Form. Juan Linz, der Mitte der 70er Jahre eine produktive Definition für totalitäre Systeme entwickelte,⁴ verweist in diesem Zusammenhang darauf, dass weder das weiterbestehende Charisma

⁴ In idealtypischer Abgrenzung zu demokratischen und zu autoritären Regimes nennt Linz folgende drei Merkmale als konstitutiv für ein totalitäres politisches System: ein monistisches Herrschaftszentrum, eine exklusive Ideologie und die Mobilisierung der Massen. Linz nennt als weitere Merkmale auch die Repression und den Terror, stellt diese jedoch nicht ins Zentrum seiner Definition (Linz 2000: 21ff.).

Fidel Castros noch dessen Anlehnung an die Caudillo-Tradition ein Grund seien, die Institutionalisierung des Regimes in den 70er Jahren nicht als totalitär zu charakterisieren (Linz 2000). Die importierten Strukturen erhielten eine "karibische Färbung", die sicherlich mit zur Attraktivität des kubanischen Modells gerade in Entwicklungsgesellschaften beigetragen hat. Elizardo Sánchez, einer der führenden Vertreter der kubanischen Dissidenten, charakterisierte das politische System in seinem Land als "eine eigenartige Mischung aus osteuropäischem Totalitarismus und lateinamerikanischem Caudillismus".⁵

Ende der 70er Jahre kam es zu einer zweiten Legitimationskrise des Systems. Nach Botschaftsbesetzungen verließen über 120.000 Kubaner über den Yachthafen Mariel bei Havanna im Jahre 1980 das Land (Fernández 1982). Nach diesem Massensexodus in die USA wurden unter anderem auch Zugeständnisse bei der Einführung marktwirtschaftlicher Elemente (z.B. Bauernmärkte) gemacht. Zusammen mit umfangreichen Warenlieferungen aus den RGW-Staaten führten diese Schritte zwar zu einer gewissen Entspannung der Versorgungslage. Jedoch kam es damit (erstmal wieder) zu gewissen sozialen Differenzierungen, die für ein politisches System mit einem solch starken egalitären Anspruch und einem moralischen Fundamentalisten an der Spitze auf Dauer nicht akzeptierbar waren. Mitte der 80er Jahre kam es dann erneut zu einem politischen Kurswechsel. Die *Rectificación*, die Korrekturbewegung, wurde verkündet und sollte das System aus der spürbaren Erstarrung herausführen. Die herrschende Schicht sah bestimmte Privilegien und Fidel Castro "die reine Lehre" gefährdet. 1986 verkündete er, dass "ab jetzt tatsächlich der Sozialismus aufgebaut werde" und stellte damit die elf Millionen Kubaner vor die schwer zu beantwortende Frage, was denn in den vergangenen 25 Jahren gemacht worden sei. Zugleich wurden Elemente einer (sozialistischen) Marktwirtschaft, die Anfang der 80er Jahre vorsichtig eingeführt worden waren, als "kapitalistische Formeln" diffamiert und beseitigt. Auf dem 3. Parteitag der PCC im Jahre 1986 rief Castro zur "Korrektur der Fehler und negativen Tendenzen in Politik und Wirtschaft" auf. Mit der *Rectificación* ging eine Rückbesinnung auf Che Guevara einher, dessen Ideen und Konzepte nun (wieder) zum Leitfaden gemacht wurden. Wieder sollte an die Stelle von materiellen Stimuli, von Effektivitätskriterien und Rechnungsführung "die revolutionäre Moral und Disziplin des neuen Menschen" treten (Eckstein 1994). Zwar machte das offensichtliche Scheitern

⁵ "Castro muss die Wende begleiten". Interview mit Elizardo Sánchez, in: *Die Zeit*, Nr. 48, v. 20.11.1992, S. 13.

realsozialistischer Planungsmechanismen eine Kurskorrektur sicherlich notwendig, jedoch ist Carlos Mesa-Lago voll zuzustimmen, wenn er vor allem politische Motive für diesen Kurswechsel sieht (Mesa-Lago 1991: 269). Fidel Castro sah in der Orientierung an technokratischen Mechanismen und in der wirtschaftlichen Dezentralisierung sowohl eine Schwächung der führenden Rolle der Partei als auch einen Machtverfall für sich selbst. Castro startete die Korrekturbewegung vor allem, um dem gewachsenen Einfluss der Technokraten zu begegnen und – das darf nicht vergessen werden – um der Perestrojka Gorbatschows zu widerstehen. Die wirtschaftlichen Effekte der Korrekturbewegung waren, abgesehen von einigen Prestigeprojekten, äußerst spärlich. Im Juli 1988 musste Fidel Castro (wieder einmal) feststellen, dass Kuba die schwerste wirtschaftliche Krise seit 1959 durchlebe.⁶

5. “Spezialperiode” in den 90er Jahren – wirtschaftliche *apertura* und politischer *cierre*

Ende der 80er Jahre signalisierte die Führung der UdSSR ihre reduzierte Fähigkeit und sinkende Bereitschaft, durch zusätzliche wirtschaftliche Leistungen die Krise in Kuba zu bereinigen. Diese verschärfte sich ab 1989 erheblich. Mit dem Ende des Kalten Krieges sank der strategische Stellenwert Kubas für die UdSSR fast auf den Nullpunkt. Der Umbruch in Ost- und Mitteleuropa führte zum Versiegen wichtiger Handelslinien und Hilfsquellen. Die wirtschaftliche Lage verschlechterte sich für die Bevölkerung in dieser Zeit geradezu dramatisch (Gunn 1991; Hoffmann 1994). Aber auch die politische Dimension der Krise zeichnete sich deutlich ab. Castro deklarierte die neue Phase als *Período Especial en Tiempos de Paz*, d.h. als einen Notzustand in Friedenszeiten. Der 4. Parteitag der PCC, der nach mehreren Verschiebungen im Oktober 1991 stattfand, bestätigte in gewohnter Einmütig-

⁶ Produktion, Investitionen, Akkumulationsrate und Arbeitsproduktivität waren seit 1986 deutlich rückläufig. Die Zuckerproduktion reichte nicht mehr aus, um die Exportverpflichtungen gegenüber der Sowjetunion zu erfüllen. Kuba selbst kaufte jährlich 1,5 Mio. Tonnen Zucker zusätzlich auf dem Weltmarkt, um diesen Verpflichtungen nachzukommen. Die Verschuldung gegenüber dem Westen erhöhte sich auf 6,4 Mrd. US-Dollar (1988). Bereits in dieser Zeit kam es im Lande zu spontanen Protesten. Bei Jugendlichen und Intellektuellen wuchsen Enttäuschung und Resignation über die zunehmende Erstarrung des Regimes, die Misswirtschaft und die Privilegien. “Niemand kann das vernichten, aber auch niemand kann das in Ordnung bringen”, schrieb resignierend im September 1988 die kubanische Jugendzeitung *Juventud Rebelde*. Und den sozialen Zustand fasste sie in die Worte “Mangel ohne Hunger, Armut ohne Not” (*Juventud Rebelde*, La Habana, v. 4.9.1988).

keit diesen Kurs aus wirtschaftlicher Austerität, ideologischer Fundamentalisierung und politischer Repression. Hoffnungen auf Reformen, die im Vorfeld des 4. Parteitages vielfach geäußert wurden, erfüllten sich nicht.

In den folgenden Jahren konnte man beobachten, wie die politischen Herrschaftsstrukturen (wieder) völlig auf die Person Fidel Castros zugeschnitten wurden.⁷ Die Rolle des Zentralkomitees (ZK), dem 150 Mitglieder angehören, ist als Institution demgegenüber marginal und eher von symbolischer Natur. Unter der Losung des "Kampfes gegen die Bürokratie und für mehr Effektivität" hatte Castro 1990 die hierarchische Machtstruktur in der Partei wieder "dynamisiert".⁸ ZK sowie Provinz- und Stadtkomitees der PCC wurden reduziert bzw. umstrukturiert. Im Juli 1992 wurde die Verfassung geändert, womit vor allem die konstitutionellen Rechte Castros als Vorsitzender des Staatsrates und Chef der Regierung erweitert wurden.⁹ Ende der 80er/Anfang der 90er Jahre nahmen zwar einerseits die Mechanismen realsozialistischer Prägung ab, aber andererseits blieben typische Herrschaftsmomente totalitärer Systeme, wie die Ideologisierung und Mobilisierung der Massen, noch erhalten. Selektiv wurde gegen politische Gegner vorgegangen, wobei vor allem die "Brigaden der schnellen Antwort" zur Terrorisierung von Andersdenkenden genutzt wurden. Diese "mobilen Eingreiftruppen" bringen in "spontanen Aktionen" vor den Wohnungen von

⁷ Der 4. Parteitag der PCC wählte Fidel Castro erwartungsgemäß zum 1. Sekretär und seinen Bruder Raúl zu seinem Stellvertreter im 24-köpfigen Politbüro. Der Verlauf des Parteitages, auf dem Castro z.B. keinen schriftlichen Rechenschaftsbericht des ZK vorlegte, sondern in einer mehrstündigen Rede seine "neuesten Gedanken zur Lage" ausbreitete, und die Beseitigung des Sekretariats des ZK zeigen, wie sich Castro institutioneller Bindungen entledigt. Dafür sieht das neue Statut der Partei verstärkt die Einrichtung von "Arbeitsgruppen" beim Politbüro vor. Bereits seit Jahrzehnten praktizierte Castro mittels seiner Arbeitsgruppe, der "Koordinierungs- und Unterstützungsgruppe für den Kommandanten", das faktische Ausschalten der Parteigremien. Dieses wohl einflussreichste Beratergremium besteht aus jüngeren, fachlich hochqualifizierten Parteikadern, die auch in einem persönlich engen Verhältnis zu Castro stehen. Sie reisen in seinem Auftrage durch das Land, sammeln Informationen und bereiten seine Beschlüsse vor, die dann vom Politbüro verabschiedet werden.

⁸ Bereits in der Zeit zwischen 1985 und 1987 hatte es massive Auswechslungen in den mittleren und höheren Parteistrukturen gegeben. Im Sommer 1992 kam es erneut zu Veränderungen in den Provinzleitungen der PCC.

⁹ Castro steht damit dem neu geschaffenen Nationalen Verteidigungsrat vor, der laut Artikel 101 "sich schon in Friedenszeiten darauf vorbereitet, das Land unter den Bedingungen des Krieges, im Krieg, bei allgemeinen Mobilisierungen und bei Notstand zu führen". Nach Artikel 67 kann dieser Notstand ausgerufen werden, wenn durch Naturkatastrophen "oder andere Umstände [...] die Sicherheit des Landes oder die Stabilität des Staates berührt werden".

Dissidenten "Volkes Wille" zum Ausdruck. Die wirtschaftlichen und sozialen Ergebnisse dieser Politik waren äußerst mager; ja die Misere nahm sogar dramatisch zu.¹⁰ In Havanna, besonders in der mehrheitlich von Schwarzen bewohnten Altstadt, kam es 1993 zu spontanen Revolten. Der bis dahin zögernde Castro gab nun jenen Stimmen sein Ohr, die sich für Reformschritte in der Wirtschaft aussprachen, um sich (auch) der neuen internationalen Lage anzupassen. Im Jahre 1993 erhielten sie von Castro das *Sí* für Reformen. Es begann eine vorsichtige *apertura*, d.h. Öffnung.¹¹ Ende 1994 wurden jene Bauernmärkte, die noch Mitte der 80er Jahre von Castro selbst hart kritisiert worden waren, wieder eingeführt. Dort können nun Einzelbauern und Genossenschaften ihre Produkte verkaufen, und die Bevölkerung kann die mageren Rationen der *libreta*, der staatlichen Rationierungskarte, ergänzen. Jedoch müssen dafür Preise gezahlt werden, die mit dem durchschnittlichen Monatsgehalt von ca. 300 Pesos kaum zu erreichen sind. Die kubanische Revolution verabschiedete sich auch von einem weiteren Dogma und führte Steuern ein. Das Einschneidendste waren jedoch die "Dollarisierung", d.h. jeder Kubaner konnte nun über US-Währung verfügen und damit in entsprechenden (staatlichen) Geschäften einkaufen, sowie die Öffnung für das Auslandskapital. Besonders im Tourismus werden ausländischen Unternehmen optimale Bedingungen geboten.¹² Die finanziellen Effekte einer solchen Politik für die nationale Wirtschaft sind fraglich. Der ökonomische Gewinn für das Land ist relativ, aber der politische Verlust, besonders der an Legitimation, dagegen groß. Ein wachsender Schwarzmarkt, zunehmende Arbeitslosigkeit, Kriminalität und Prostitution gehören heute wieder zur

¹⁰ Nach Verkündung der Spezialperiode wurde der *Plan Alimentario* beschlossen, der die Ernährung der Bevölkerung, speziell der Hauptstadt Havanna, sichern sollte. Dazu wurden die *habaneros* massenweise zur Feldarbeit in die Provinz geschickt. An die Stelle des benzingetriebenen Fahrzeuges traten im Straßenverkehr Fahrräder chinesischer Produktion, man importierte über eine halbe Million, und in der Landwirtschaft tauchte wieder verstärkt das Ochsengespann auf.

¹¹ Dies war mit *joint-venture*-Unternehmen (*empresas mixtas*) und einer Dezentralisierung des Außenhandels verbunden. Weitere wichtige Reformschritte waren: die Legalisierung des US-Dollars als Zahlungsmittel im Lande und die Möglichkeit für jeden Kubaner, diese auch zu verwenden; die Erlaubnis zur *trabajo por cuenta propia*, d.h. zur Arbeit kleiner Handwerker in über 120 Berufen, speziell im Dienstleistungsbereich, "auf eigene Rechnung", und die Entwicklung von Genossenschaften (*Unidades de Producción Cooperativa*) in der Landwirtschaft.

¹² Das betrifft Kapitalmehrheit, Gewinntransfer, Qualifikation der Arbeitskräfte und nicht zuletzt die vom Kapital stets geschätzte "soziale Ruhe". Gemanagt wird dies hauptsächlich von hochrangigen Parteifunktionären. Auch das Militär ist dabei. Im Tourismus-Bereich bietet es beispielsweise Jagdausflüge in militärischen Sperrgebieten an.

kubanischen Realität. Viele Kubaner fühlen sich als zweitklassige Bürger eines Landes, in dem für die Währung des offiziell verschmähten Feindes alles möglich ist. Gerade in einer Gesellschaft, die den Gleichheitsanspruch zu einer ihrer Säulen gemacht hat, führt dies immer mehr zu kritischen Fragen und abwinkender Resignation, oftmals zu Ausreise und Flucht, manchmal auch zur politischen Opposition.

Die politische Führung versucht, diesen Entwicklungen entgegenzusteuern. Man rennt der Illusion nach, die "kapitalistischen Geister", die man händeringend ruft, unter Kontrolle halten zu können.¹³ Gleichzeitig erscholl in den Medien der Ruf nach "Ruhe und Ordnung", der Kampf gegen "anti-soziale Elemente" und "Vandalismus" müsse verstärkt werden. Der im Januar 1999 von Castro gemachten Ankündigung, nun die *medidas más fuertes* gegen Kriminalität, Drogen und Prostitution zu ergreifen, folgten bald konkrete Schritte: eine "Reform" des Strafgesetzbuches, wobei es vor allem um eine Verschärfung der Strafen, einschließlich der Erweiterung jener Fälle, für die Todesstrafe angewandt wird, ging; weiterhin kam es zur Aufstellung von Sondereinheiten der Polizei, vor allem in Havanna, und nicht zuletzt wurden die Gehälter der Polizisten beachtlich erhöht.

6. Die kubanischen Eliten

Im September 1992 wurde Carlos Aldana, Sekretär für internationale Beziehungen und Ideologie und die "Nummer 3" in der kubanischen Hierarchie, zur großen Überraschung politischer Beobachter all seiner Ämter enthoben. Einige Äußerungen über Wirtschaftsreformen hatten ihn in der internationalen Presse zu einem "Gorbatschow der Karibik" gemacht. Drei Wochen später gab *Granma*, das Zentralorgan der PCC, "Versäumnisse in seiner Arbeit" und "schwere persönliche Verfehlungen" bekannt.¹⁴ Einige Jahre später, im Mai 1999, fiel der vorher hochgelobte, junge und oftmals als "Reformer" titulierte Außenminister Roberto Robaina. *Robertico* hatte einst den kommunistischen Jugendverband geleitet, und der *Comandante* machte ihn später –

¹³ So können z.B. die Arbeiter und Angestellten in den ca. 200 ausländischen bzw. gemischten Unternehmen ausschließlich über eine staatliche Verteilerstelle unter Vertrag genommen werden. Nur politisch Vertrauenswürdige sollen an diese lukrativen Stellen kommen. Die Frage ist, ob hier die politische Elite das jetzige System sichert oder, was eher zu vermuten ist, sich auf das politische Morgen vorbereitet.

¹⁴ Vgl. *Nota del Buró Político* (Granma Internacional v. 18.10.1992).

bar jeglicher internationaler Erfahrungen – zu seinem Außenminister.¹⁵ An seine Stelle trat der 34-jährige Felipe Pérez Roque, der trotz seiner Jugend nicht unbedingt als "reformorientiert" gelten kann. Auch Pérez Roque gilt als enger Vertrauter von Castro. Der plötzliche und tiefe Sturz von solchen Exponenten des Regimes macht deutlich, in welcher sozialen, politischen und auch rechtlichen Stellung sich die kubanischen Eliten befinden. Ihr oftmals unerwartetes Aufsteigen und plötzliches Verschwinden lässt Erinnerungen an die politisch und rechtlich völlig ungesicherte Stellung hoher Würdenträger in orientalischen Despotien aufkommen, wie sie von Karl Wittfogel sehr genau beschrieben wird.

Bei Betrachtungen über die kubanische Elite wird in der Regel auf zwei Kategorien der Nomenklatura verwiesen: Funktionäre in der Kommunistischen Partei und das Militär (LeoGrande 1978 und 1979). Auf diese beiden Gruppen soll hier kurz eingegangen werden. Was die Parteifunktionäre betrifft, so hat Castro in der Vergangenheit mehr als einmal seine Vorbehalte und sein tiefes Misstrauen gegenüber Parteibürokraten zum Ausdruck gebracht. Er ist nicht gewillt, "seine Revolution" jenen gesichtslosen Funktionären, die in allen realsozialistischen Ländern in den 60er und 70er Jahren die Führung übernommen hatten, zu überlassen. So war es nicht zufällig, dass in den 90er Jahren wieder jene an Einfluss gewannen, die einst mit Fidel Castro in den Bergen gekämpft hatten und dem "originären Projekt" persönlich verbunden sind. Jedoch macht deren zunehmende Vergreisung es immer schwieriger bzw. oft unmöglich, sie noch in der praktischen Politik einzusetzen.¹⁶ Jüngere Fachleute und Parteifunktionäre, die in den 90er Jahren eine politische Karriere machten, hatten vor allem eines gemeinsam – die enge persönliche Bindung zu Castro. Exemplarisch dafür steht Carlos Lage Dávila, der 1992 von Fidel Castro zum Exekutivsekretär des Ministerrates gemacht wurde und bis heute dessen wichtigster ausführender Arm ist. (Castro hat es aber bis heute vermieden, ihm offiziell die Stellung eines "Ministerpräsidenten" zu übergeben!) Im Zuge der allgemeinen Verjüngungskuren verringerte sich das Durchschnittsalter der Mitglieder des ZK

¹⁵ Als während der Balsero-Krise 1994 diplomatisches Geschick in den Gesprächen mit den USA benötigt wurde, war es dann der wirkliche "erste Diplomat" des Landes, Ricardo Alarcón, der jetzige Präsident der Nationalversammlung, der die Verhandlungen führte.

¹⁶ Zu dieser Gruppe gehören im Politbüro u.a. Raúl Castro, der Bruder Fidel Castros, Ramón Machado, Juan Almeida, Abelardo Colomé und Julio Casas Regueiro. Sie besetzen, sofern sie physisch in der Lage sind, innerhalb des Apparates weiterhin wichtige Funktionen. Ramón Machado ist z.B. verantwortlich für den Parteiapparat und Abelardo Colomé leitet das Innenministerium.

sogar auf 47 Jahre!¹⁷ Nachdem der 5. Parteitag 1997 der PCC relativ ereignislos vorbeigezogen war, kam es danach zu Personalveränderungen in der Partei, speziell auf der Ebene der Provinzen. Diese umfangreichen personellen Veränderungen werden stets als „Entbürokratisierung“ und „Verjüngung“ umschrieben.¹⁸ Oft wird damit auch die Schuldfrage für die Missstände in der Gesellschaft „geklärt“. Zugleich erschwert permanenter Wechsel das eigenständige politisch und fachlich kompetente Handeln von Akteuren, und nicht zuletzt höhlen diese ständigen Umschichtungen und Rotationen die Institutionen aus bzw. verringern deren Wirkung. Da Institutionen allein schon durch ihre schiere Existenz Grenzen für den Willen des Führers darstellen, ist der charismatische Fidel Castro an deren Abbau bzw. Einschränkung stark interessiert. Das erscheint mir wesentlich für das kubanische System in den 90er Jahren.

Die zweite wichtige Gruppe in der kubanischen Elite ist das Militär. Obwohl formal in die Parteistrukturen eingebunden, muss man das Offizierskorps als eine besondere Gruppe mit eigenen Strukturen, Kompetenzen und auch Interessen sehen. Die kubanische Gesellschaft ist in hohem Grade militarisiert.¹⁹ Die entscheidende Rolle des bewaffneten Kampfes beim Sturz Batistas und anschließend bei der Sicherung der Revolution, wie beispielsweise bei der Abwehr der Invasion in der Schweinebucht im April 1961, haben den traditionell hohen sozialen Stellenwert, den das Militär in Süd- und Mittelamerika hat, in der kubanischen Gesellschaft noch verstärkt. Das Prestige des kubanischen Militärs erhöhte sich noch durch dessen „erfolgreiche Bilanz“ in Äthiopien und Angola in den 80er Jahren. Im Unterschied zu den Funktionären in der Wirtschaft, die für die Versorgungsmisere verantwortlich waren bzw. gemacht wurden, standen die „Helden der Schlacht von

¹⁷ Diese Veränderungen vollzogen sich auch im Politbüro: Bis 1980 hatte es keinen personellen Wechsel in dem 1965 formierten Spitzengremium gegeben, 1991 waren dann nur noch 5 Mitglieder von 1975 in diesem Gremium. Das Politbüro wurde auf 24 Mitglieder erweitert, wobei man gleichzeitig den Kandidatenstatus abschaffte und damit auch diese Institution verjüngte. Zu der „neuen Generation“ gehörten neben dem Mediziner Carlos Lage Dávila Concepción Campa, Yadira García Vera, María de los Angeles García und Abel Prieto und damals auch Roberto Robaina, der langjährige Chef des kommunistischen Jugendverbandes UJC.

¹⁸ Im Oktober 1990 wurde mit einer Umstrukturierung des Zentralkomitees sowie der Provinz- und Stadtkomitees der Parteiapparat nach offiziellen Verlautbarungen um 50% reduziert. 5.000 Funktionäre wurden in die Produktion, speziell aufs Land, geschickt.

¹⁹ Ende der 80er Jahre hatten die kubanischen Streitkräfte 165.000 Mann unter Waffen. Hinzu kamen 135.000 Reservisten. Weiterhin müssen die Mitglieder der Territorialmilitären (MTT), zu denen in den 80er Jahren ca. eine Million Kubaner gehörten, berücksichtigt werden.

Cuito Cuanavale" in Angola im glänzenden Licht der kubanischen Öffentlichkeit (Domínguez 1991). Aber da liegt auch die potentielle Gefahr, die sie für Castros Herrschaft darstellen. Innerhalb des streng hierarchisch aufgebauten militärischen Systems mit seinen eigenen Befehlsstrukturen, Interessen und Loyalitäten existiert auch ein Humus für eigenständiges (politisches) Denken und auch für kompetentes und wirksames Handeln. Es ist diese latente Gefahr des Militärs als Institution, um die sich autoritäre Diktatoren und totalitäre Herrscher stets sorgten. Durch institutionelle Alternativen, wie den Aufbau paramilitärischer Milizen, und/oder eine Politik von Zuckerbrot und Peitsche soll dem entgegengewirkt werden. Auch die kubanischen Offiziere waren und sind in die privilegierten Versorgungskanäle des Systems eingebunden. Sie haben ihre eignen Clubs in Havanna und an den Stränden, wo sie mit ihren Familien preiswert das Wochenende verbringen können. Auslandseinsätze halfen in der Vergangenheit, weitere Stufen auf der Privilegienleiter zu erklimmen. Dass dies jedoch allein nicht das Bedrohungspotential beseitigt, und es stets auch der "harten Hand" bedarf, zeigte sich Ende der 80er Jahre. Nach einem Schauprozess, der an jene unrühmlichen der 30er Jahre in Moskau erinnerte, wurde im Juli 1989 der hochdekorierte General Arnaldo Ochoa erschossen.²⁰ Nach dieser schockartigen "Disziplinierung" des Militärs wurde die politische Kontrolle über diese Institution verstärkt, und zugleich erhielt das Militär die Möglichkeit, sich zu "rehabilitieren". Es begann eine Militarisierung der kubanischen Politik. Militärs wurden in den zivilen und wirtschaftlichen Verwaltungen des Landes eingesetzt. Nachdem das Militär an den "internationalen Fronten" effektives und letztlich erfolgreiches Handeln nachgewiesen hatte, sollten nun die Militärs an der "inneren Front" an die Stelle der abgelösten (zivilen) Parteikader tre-

²⁰ Ochoa hatte als General in den 80er Jahren die 50.000 Kubaner in Angola geführt. Er genoss im Militär und auch in der kubanischen Öffentlichkeit große Popularität. Der "Held von Angola", der in jungen Jahren zur Guerilla Castros in die Berge gegangen war, schuf sich durch Ausstrahlung und mit Geschenken ein ihm loyales Netzwerk im Offizierskorps. Hinzu kamen seine Kontakte zu sowjetischen Militärs, die er während seiner Einsätze in Afrika geknüpft hatte. Zusammen mit zwielichtigen Gestalten des Innenministeriums wurde Ochoa des Rauschgiftschmuggels angeklagt. In abendlichen Fernsehsendungen wurden Ausschnitte dieses obskuren Schauspiels vorgeführt. Die Generalität distanzierte sich öffentlich und schriftlich von Ochoa. In unteren Offiziersrängen kam es jedoch zu Verhaftungen. Die Erschießung Ochoas in den Morgenstunden des 14. Juli 1989 war sowohl im Militär als auch in der Bevölkerung unerwartet. Im Land spürte man die Betroffenheit. Castro persönlich bemühte sich am Vorabend, diese Entscheidung in einer sechsstündigen Fernsehrede zu begründen. Und obwohl Militärs an den Pranger gestellt wurden, fiel kein Wort zum Chef des Militärs, seinem Bruder Raúl.

ten. Immer wieder werden Generäle an die Stelle von geschassten Zivilisten auf Ministersessel gesetzt. Heute stehen in sechs Ministerien Militärs an der Spitze, das gilt auch und besonders für die Zuckerindustrie.²¹ Auch in den höheren Parteistrukturen kann diese Militarisierung beobachtet werden: Ein Drittel des Politbüros gehört mittlerweile dem Militär an!

Anfang der 90er Jahre kristallisierte sich eine Allianz von jüngeren Parteifunktionären, Wirtschaftsexperten in parteinahen Instituten und Technokraten heraus, die auf Reformen drängte. Zu dieser reformorientierten Allianz konnten sicherlich auch Teile im Militär gezählt werden. Hinzu kam das kubanische Management in gemischten und ausländischen Betrieben. Diese Allianz war zwar stark an Reformschritten interessiert, jedoch sollten diese – in der Regel – auf den Wirtschaftssektor begrenzt werden. Möglichkeiten im politischen Raum wurden noch am ehesten auf der kommunalen Ebene gesehen (Dilla/Gonzalez/Vincentelli 1992; Hoffmann 1994). Mit der *apertura* erhielten diese Kräfte nach 1993/94 weiteren politischen Raum. In einzelnen Bereichen kam es auch zu Reformen. Castro plädierte nun selbst für „Maßnahmen, die uns zuwider sind“. Seine Unterstützung für die reformorientierten Kräfte hielt sich aber in Grenzen. Deren Aktivitäten im In- und vor allem im Ausland wurde von der Spitze zwar skeptisch beobachtet, aber doch toleriert. Im Frühjahr 1996 kam dann der Gegenschlag. Auf dem 5. Plenum des Politbüros wurde die Reformdebatte abrupt beendet und deren Befürworter als „5. Kolonne des US-Imperialismus“ diffamiert und schließlich aus ihren Ämtern verjagt. Es war kein geringerer als Raúl Castro, der diese Attacke gegen die „negativen Tendenzen“ in der Partei anführte, und es wäre fatal, wollte man diese als eine Reaktion nur einer kleinen Fraktion von „Betonköpfen“ interpretieren. Bereits in der Vergangenheit nutzte Fidel Castro seinen fünf Jahre jüngeren Bruder für die „groben Arbeiten“. Dadurch erhielt er sich im Lande den Nimbus eines Übervaters, der sich nicht in die Niederungen von scheinbar persönlichen Auseinandersetzungen seiner Funktionäre begab, und für das Ausland blieb er der witzige, tolerante und geistreich plaudernde Staatsmann. Es folgte auf Kuba eine Zeit des Dunkelmännertums, der Verhärtung und gezielten Repression, was sich auch auf dem 5. Parteitag der PCC deutlich zeigte. An die Stelle von *apertura* trat nun die Forderung nach „Einheit und Geschlossenheit“; Uniformträger bestimmten nicht nur optisch das Bild des Parteitages. Die eingeleitete *apertura* war

²¹ Dazu gehört die Einsetzung des bisherigen Chefs des kubanischen Generalstabes, Divisionsgeneral Ulises Rosales del Toro, als Minister für die Zuckerwirtschaft im Oktober 1997.

zwar für die Wirtschaft, jedoch nicht für die Politik vorgesehen. Ein Überspringen des Reformgedankens von der Wirtschaft in die politische Realität des Landes sollte verhindert werden, und dort, wo es bereits geschehen war, wurde der Funke mit Gewalt unterdrückt und schließlich ausgetreten. In weiten Teilen der politischen Elite finden wir heute zwar eine gewisse Akzeptanz für die ungeliebten Reformen und die wirtschaftliche Öffnung. Aber zugleich ist man schnell bereit, bei einzelnen Reformen, wie etwa bei den Selbständigen im Dienstleistungsgewerbe, die eine besondere politische Brisanz haben und wo die soziale Kontrolle immer schwerer gelingt, auf die Bremsen zu treten. Diese reformunwilligen Kräfte dominieren bis heute das System und ihre zentrale Bezugsperson ist Fidel Castro. Gegenwärtig gibt es in der politischen Elite Kubas weder bei den Militärs noch bei zivilen Parteikadern politisch relevante Kräfte, die ein Reformkonzept formuliert haben bzw. an dessen Umsetzung arbeiten. Die heutige kubanische Elite ist stromlinienförmig in die personalistischen Strukturen eingepasst.²² Es scheint, dass sie in Nibelungentreue ihr Schicksal mit dem Fidel Castros verbunden sieht. Tägliche Schreckensmeldungen aus den ehemaligen Bruderländern, der Gedanke an Miami und die gebetsmühlenhaft wiederholte Losung von "Sozialismus oder Tod" lassen sie keine Alternative denken, zumindest aber nicht öffentlich formulieren.

7. Die Rückkehr des Caudillo

Auch Kuba hat sich vom Realsozialismus sowjetischen Typs verabschiedet. Die Frage aber ist wohin? Wir finden in Kuba heute weniger ein System mit leninistischen Kommandostrukturen, sondern wieder eine personalistische Herrschaft vor. Castros Macht basiert heute erneut vor allem auf den traditionellen paternalistischen Strukturen, in deren Zentrum er selbst steht. Er hat unter der Losung der "Entbürokratisierung" die realsozialistischen Institutionen und Machtstrukturen, die zum Teil formal weiterbestehen, in ihrer Bedeutung zurückgefahren bzw. ihres früheren Inhalts entleert. Ende der

²² Waren in den 60er Jahren verschiedene Strömungen auszumachen – Kommunisten der PSP, pro-chinesische oder pro-sowjetische Vertreter im M-26 – so ist gegenwärtig keinerlei Auseinandersetzung um ein politisches Reformkonzept zu erkennen. Die Verschärfung des US-Embargos mit dem Helms-Burton-Gesetz im Jahre 1996 wurde mit persönlichen Treuebekenntnissen für Fidel und Raúl beantwortet. Ca. 250.000 Angehörige des Militärs und der Sicherheit erklärten in der *Declaración de los Mambises del Siglo XX* schriftlich ihre Loyalität. Und dies nicht nur gegenüber dem System, der Revolution oder dem Land, sondern ausdrücklich gegenüber Fidel und Raúl als ihren "unzweifelhaften Führern" (vgl. Granma Internacional v. 26.3.1997).

80er/Anfang der 90er Jahre wurden Institutionen realsozialistischer Herrschaft abgeschafft.²³ Damit gelang es ihm – im Unterschied zur Erstarrung realsozialistischer Systeme in der Sowjetunion und in den mittel- und osteuropäischen Staaten – die politischen Strukturen aufzubrechen und auch zu dynamisieren (Di Palma 1995). Nicht unerheblich war dabei, dass Castro durch diese jüngeren Kräfte (zumindest zu Beginn ihrer Einsetzung) auch an Legitimität wieder gewinnen konnte. Diese oftmals recht unkonventionell auftretenden Politiker wie (ehemals) Roberto Robaina oder der Vorsitzende des Schriftstellerverbandes, Abel Prieto, verschafften Castro gerade bei jenen Jugendlichen und Intellektuellen (wieder) etwas Legitimität, die sich dem Charisma des *Máximo Líder* immer mehr entziehen. Ob dadurch die "kubanische Revolution" doch noch zu Erben kommt, bleibt aber mehr als fraglich.²⁴

Diese neue Herrschaftsform, die seit Beginn der 90er Jahre zu erkennen ist, habe ich als spätsozialistische Caudillo-Herrschaft bezeichnet (Krämer 1993). Peter Waldmann charakterisiert die Caudillo-Herrschaft als "Institutionenersatz" sowie als eine "eminent dynamische Herrschaftsform" (Waldmann 1978: 195). Sie entstand Anfang des 19. Jahrhunderts nach der Auflösung der zentralistischen Strukturen des spanischen Kolonialreiches (Lynch 1992). Als ein solcher "Institutionenersatz" verstanden liegt in Castros personalistischer Herrschaft auch jenes Entwicklungspotential, das dieses System zweifellos – zur Überraschung vieler Beobachter – heute aufweist. Es überlebte weniger ein realsozialistisches System in Kuba, sondern dieses mutierte in eine personalistische Diktatur. Der charismatische Führer, der Caudillo, steht wieder bar jeglicher institutioneller Schranken auf der politischen Bühne Kubas. Zwar ist der Bart ergraut und die Zeichen für das Abbröckeln der Wirkung seines Charismas, speziell in der Jugend, sind unübersehbar. Aber angesichts der dramatischen Konsequenzen aus den Umbrüchen in den ehemaligen "Bruderländern" hat die Zukunftsangst bei der Mehrheit der Kubaner, speziell der Eliten, zugenommen. In solchen Zeiten

²³ Dazu gehört sicherlich die Ablehnung von Rechenschaftsberichten auf den Parteitag, also jener von den verschiedenen Parteieinrichtungen vorbereitete Text, der im Realsozialismus geradezu das Evangelium der nächsten fünf Jahre war. Ein weiterer Schritt war die Beseitigung des "Sekretariats des Zentralkomitees". Mit Hinweis auf den Kampf gegen die Bürokratie wurde es auf dem 4. Parteitag aufgelöst, jedoch behielt Fidel Castro den Titel eines 1. Sekretärs!

²⁴ Gerade bei den jüngeren Generationen, die die überwiegende Mehrheit der kubanischen Bevölkerung darstellen – 60% der Kubaner wurden nach 1959 geboren – zeigen sich Unzufriedenheit und Wertorientierungen, die fern des "revolutionären Projekts" liegen.

hat Castros Charisma noch erhebliche Wirkung als eine politische Kraft, die auch die wachsende Kluft zwischen erstarrtem politischem System und veränderter Gesellschaft überbrücken hilft.

Das politische Bild, das Kuba am Ende des 20. Jahrhunderts bietet, trägt (wieder) die deutlichen Züge autoritärer Herrschaft (Linz 2000: 129ff.; Domínguez 1997). Das wirtschaftliche Unvermögen, selbst die staatlich zugesicherten Rationen zu gewährleisten, die Öffnung für das Auslandskapital und die Touristenströme reduzieren den umfassenden, oder auch totalen politischen Anspruch. Die Schattenwirtschaft, die das Überleben der kubanischen Familien, auch der von Parteifunktionären, sichert, wird geduldet, ja akzeptiert. Der Staat lässt seinem Bürger wieder Nischen, vor allem wirtschaftliche, aber auch religiöse. Aufmärsche von Hunderttausenden zum 1. Mai oder 26. Juli werden aus Kostengründen abgesagt. An die Stelle der marxistisch-leninistischen Ideologie tritt ein messianisch anmutender kubanischer Nationalismus.

Aber zu diesen autoritären Zügen, wie sie z.B. auch für das Franco-Regime in den 50er und 60er Jahren typisch waren, gehört auch ein "begrenzter und unverantwortlicher Pluralismus" (Linz), der keine wirklich autonomen und selbständig auftretenden Akteure als Mitspieler in den politischen Raum lässt. Gegenüber jenen, die den Anspruch formulieren, am politischen Prozess teilzunehmen, und mit eigenen Projekten für eine Reform des Systems auftreten, handelt die kubanische Führung gezielt und kompromisslos mit Härte. Fidel Castro hatte frühzeitig warnend verkündet, dass man keine "polnischen Verhältnisse" gestatten werde. Anfang 1996 hatte sich mit dem *Concilio Cubano*, dem kubanischen Rat, erstmals eine lose Dachvereinigung formiert, der kleinere Gruppen und Bewegungen unterschiedlicher ideologischer Ausrichtung angehören. Die für Februar 1996 beantragte erste öffentliche Veranstaltung des *Concilio* wurde offiziell abgelehnt, Aktivisten verhaftet und zum Teil auch verurteilt. Hartes Durchgreifen gilt sowohl gegen Reformen in der Partei, wie es 1996 mit aller Deutlichkeit geschah, als auch gegen jene oppositionellen Gruppen, die sich in den letzten Jahren gegründet haben.

Gegenwärtig können wir eine Vielzahl von oppositionellen Gruppierungen wahrnehmen – dies vor allem im Internet. Es gibt keine genauen und verlässlichen Angaben, die Zahl soll zwischen 100 und 200 liegen, ihr Rückhalt in der Bevölkerung ist bisher gering.²⁵ Trotz ideologischer und zum Teil

²⁵ Aus dieser Vielzahl seien hier nur folgende Organisationen genannt: *Partido Social Demócrata Cubano*, von Vladimiro Roca 1995 gegründet, die *Comisión Cubana de De-*

personeller Divergenzen sprechen sich die oppositionellen Gruppen im Lande für einen Dialog aller politischen Kräfte, für einen friedlichen Übergang zu demokratischen Verhältnissen, für die Gewährleistung sozialer Sicherheiten und gegen das US-Embargo aus.²⁶ Mit besonderer Härte geht das Regime gegen Oppositionelle dann vor, wenn diese ideologisch (oder gar personell) aus der Kommunistischen Partei entstammen. Dies zeigte sich deutlich in der Behandlung des *Grupo de la Disidencia Interna*, der am 17. Juni 1997, im Vorfeld des 5. Parteitages, das Dokument *La Patria es de Todos* veröffentlicht hatte. Die vier Mitglieder der Gruppe – Vladimiro Roca Antúnez,²⁷ Marta Beatriz Roque Cabello, René Gómez Manzano und Félix Bonne Carcassés – wurden danach fast zwei Jahre in Untersuchungshaft festgehalten und wegen “Anstiftung zum Aufruhr” zu Gefängnisstrafen zwischen drei und fünf Jahren verurteilt, die sie zur Zeit verbüßen müssen. Die Tendenz zur politischen Verhärtung und selektiven Repression erreichte in Kuba am Ende des Jahrhunderts einen traurigen Höhepunkt. Neben den bereits erwähnten Änderungen des Strafrechts und der Stärkung der Polizeikräfte gehört dazu auch das Gesetz zum Schutz der nationalen Unabhängigkeit und der Wirtschaft Kubas vom 15. März 1999. Indem es allen “unpatriotischen Kräften” mit dem diffusen und willkürlich zu nutzenden Vorwurf, “die Ziele des US-Embargos und des Helms-Burton-Gesetzes zu befördern”, harte Strafen androht, stellt es praktisch ein Damoklesschwert für die gesamte Opposition dar. Und die bisherige Praxis zeigt, dass es als solches gezielt eingesetzt wird.

8. Fidel Castro und sein Kuba

Merklich älter geworden ist der nun 75-jährige Fidel Castro, aber mit den gesichts- und oftmals sprachlosen Führern des Realsozialismus hat er bis heute kaum etwas gemein. In privaten Gesprächen, besonders gern mit US-amerikanischen Journalistinnen, zeigt sich Castro als der gebildete und

rechos Humanos y Reconciliación Nacional von Elizardo Sánchez, das *Comité Cubano Pro Derechos Humanos* von Gustavo Arcos, der *Movimiento Cristiano de Liberación* von Osvaldo Paya Sardiñas, die *Corriente Socialista Democrática Cubana*, die *Central Unica de Trabajadores Cubanos* sowie der *Partido Solidaridad Democrática*.

²⁶ Siehe z.B. die Erklärungen des *Foro Tercer Milenio*, der sich Ende 1999 aus über 20 Organisationen formiert hat, bzw. der *Mesa de Reflexión* mit dem Dokument *Transición hacia la democracia: un proyecto para completar la nación*.

²⁷ Vladimiro Roca ist der Sohn von Blas Roca, der von 1934 bis 1961 Generalsekretär der Kommunistischen Partei (PSP) und von 1976 bis 1981 Präsident der kubanischen Nationalversammlung war. Er starb im Jahre 1987.

zugleich wissenshungrige Partner. Mit seinem enzyklopädischen Wissen und seinem stillen Witz zieht er sowohl konservative Banker als auch ruhelose Revolutionäre an sich und lässt seinen Gesprächspartnern wenig Chancen, sich seiner Person zu entziehen. Er ist der wortgewaltige Tribun, der mit idealistischem Glauben und eiserner Disziplin, auch gegenüber sich selbst, seit über 40 Jahren seine Insel, und zeitweise nicht nur diese, in ein Paradies auf Erden zu verwandeln sucht. Wort, Glaube und Disziplin kann man als die *Santísima Trinidad* des Machtpolitikers Fidel Castro ansehen.

Das Wort ist, wie es sein Freund, der kolumbianische Schriftsteller Gabriel García Márquez, einmal formulierte, für ihn Beruf(ung) und zugleich das Mittel, den öffentlichen Raum zu erobern, um ihn letztlich zu beherrschen. Seine Biographie zeigt, wie es ihn nicht nur von frühester Jugend in die Mitte dieses Raumes drängte, sondern dass er sich sehr bald selbst als dessen Zentrum verstand. Um dies zu erreichen, bedurfte es in einer politischen Kultur des Mündlichen, wie sie in der gesamten Region dominiert, auch und vor allem der öffentlichen Rede, des gesprochenen Wortes. Fidel Castro hat dafür seine *Plaza de la Revolución* und vor allem das Fernsehen. Mit letzterem erreichten seine magischen Worte bereits sehr frühzeitig ein Millionenpublikum. In seinen öffentlichen Auftritten zieht Fidel Castro geradezu magisch Hunderttausende in seinen Bann. Auf der Straße oder in Betrieben umringen ihn seine Landsleute, reden ihn nur mit "Fidel" an und lassen sich von ihm befragen oder belehren. Castro weiß um diese Magie des gesprochenen Wortes, das weniger Information als vielmehr Vision für die Massen bedeutet. Das Wort ist bei ihm zugleich mit einem tiefen Glauben verbunden. Es ist weniger ein kirchlich gebundener, obwohl er katholisch erzogen wurde, es ist ein Glaube an vermeintlich höhere Werte, denen politisches Handeln primär verpflichtet sei. "Heiliges Opfer" für das Vaterland bzw. für die Menschheit, das hört man beständig in seinen Reden. Er versteht sich in der Tradition antikapitalistischer Prediger wie Félix Varela oder moralisierender Politiker wie Eduardo Chibás, der in den frühen 50er Jahren die Korruption der politischen Klasse anprangerte und dabei auch nicht vor dem Selbstopfer auf dem Altar eines moralischen Rigorismus zurückscheute. In diese Fußstapfen trat Fidel Castro. Vor allem aber ist es der Glaube an sich selbst, an seine historische Bestimmung und seine Fähigkeit, diese zu erfüllen.

Das dritte Element, das jenes Amalgam aus Wort und Glaube bei Fidel Castro erst zu jener festen Legierung machte, war und ist seine Disziplin. Sie erst ließ ihn zu einer der großen Persönlichkeiten des 20. Jahrhunderts wer-

den. Es ist jene Disziplin, die er bei den Jesuiten, zunächst in Santiago, danach in Havanna, gelehrt bekommen hatte, und die ihm dann den Weg durch den politischen Dschungel Kubas bahnte. Disziplin als Forderung an andere, aber vor allem an sich selbst, blieb bis heute sein Credo. Er praktizierte sie im Exil in Mexiko und in den Bergen der Sierra Maestra. Dieser Sinn für Disziplin prägt auch seinen ganzen Politikstil, der ihn in der Vergangenheit oftmals bis an die Grenzen der physischen Belastbarkeit getrieben hat. Ruhelos reist er durchs Land; er kontrolliert und gibt Ratschläge, die bei seinen Hörern zu Anweisungen werden, egal zu welchem Problem. Schlaf findet er kaum. Mit eiserner Disziplin hat er auch von einem Tag zum anderen das Rauchen (kubanischer Zigarren) aufgegeben.

Nimmt man Glaube und Disziplin zusammen und denkt an seine jesuitische Erziehung, so ist man versucht, Fidel Castro als eine karibische Variante des Ignacio de Loyola zu deuten, des spanischen Gründers des Jesuiten-Ordens aus dem 16. Jahrhundert. Die kubanische Revolution demnach ein jesuitisches Projekt? Für Peter Bourne, der mit großer Kenntnis und psychologischer Tiefe eine fundierte Castro-Biographie geschrieben hat, ist Fidel "in erster Linie Jesuit, in zweiter Revolutionär und in dritter Marxist" (Bourne 1986). Nicht nur Castros spitzfindige, rabulistisch geschickte Argumentationen geben Anhaltspunkte für diese Überlegung. Der hohe Stellenwert, den die kubanische Revolution von Anfang an der Erziehung und der Bildung gegeben hat, lässt ebenfalls Erinnerungen an das Konzept der "Gesellschaft Jesu" aufkommen. Die Umwandlung der einst vergeblich angegriffenen Moncada-Kaserne in einen Schulkomplex steht dafür als ein Symbol. Sicherlich sind sein Wertkonservatismus, seine Disziplin und sein geradezu missionarisches Handeln ohne Verweis auf die jesuitische Prägung in den Jugendjahren nicht erklärbar. Jedoch wurden diese auch aus anderen geistigen Quellen dieses Jahrhunderts gespeist, seien es die spanischen Politiker und Philosophen Primo de Rivera und Ortega y Gasset oder Karl Marx und Mao Zedong.

Castro hat bis heute den Willen, in seinem Kuba seine Vision von Gleichheit und Glück umzusetzen, und er bot zeitweise dieses Modell auch weltweit an. Einen Fingerabdruck auf den Seiten der Geschichte zu hinterlassen, ist der Drang vieler Politiker. Bei manchen wird es geradezu eine Zwangsvorstellung, zu denen gehört ohne Zweifel Fidel Castro. Eine Zeile in der Geschichte Kubas zu schreiben, das hat er sehr früh als seine Bestimmung gesehen (und es auch gesagt.) Es ist mittlerweile mehr als eine Zeile geworden, und das Kapitel ist noch nicht abgeschlossen. Es ist die Historie,

die sich in seinen Worten und seinem Handeln immer wieder finden lässt. Castros politische Auftritte sind inszenierte Historie. Was auch immer er macht, er denkt vorher historisch und fragt, wie man sich damit seiner erinnern wird. So war es auch vor der Moncada-Aktion, im Jahre 1953, als er den ca. 160 schlecht trainierten und nur mit leichten Gewehren bewaffneten Jugendlichen versprach, dass sie danach Märtyrer seien. So kam es dann auch. Über 60 von ihnen starben bei dieser suizidähnlichen Aktion gegen die modernste Kaserne Kubas, die auch von den kubanischen Kommunisten als Abenteuerertum verurteilt wurde. Konsequenterweise beendete Castro, der sich als promovierter Jurist in dem anschließenden Prozess selbst verteidigte, sein mit allerlei historischen Versatzstücken gefülltes Plädoyer mit dem Satz *La Historia me absolverá*, die Geschichte wird mich freisprechen. Ein Satz, der mittlerweile ebenfalls Geschichte geworden ist.

9. Schlussbemerkungen

Heute versucht Fidel Castro, eine wirtschaftliche Öffnung zum kapitalistischen Weltmarkt mit einer Fortsetzung der politischen Abgeschlossenheit zu verbinden. Einige sehen dies als eine karibische Variante der chinesischen Politik (Domínguez 1997). Auch in Kuba soll ein autoritärer Rahmen die wirtschaftliche Modernisierung und eine neue Einbindung in den Weltmarkt sichern. Dabei gehen Zugeständnisse an das Auslandskapital mit Repression gegenüber politischer Dissidenz und autonomer Zivilgesellschaft einher. Um dieses spätsozialistische Caudillo-Regime weiter zu stabilisieren, bedarf es jedoch eines Mindestmaßes an sozialen Leistungen und der ideellen Abschottung dieser geschlossenen Gesellschaft. Beides kann immer weniger geleistet werden. Auch wenn Kuba hinsichtlich der sozialen Leistungen im regionalen Maßstab bis Anfang der 90er Jahre relativ gut abschnitt und im zweiten Aspekt die "Gnade der Geographie" zu haben scheint, so läuft dem *Máximo Líder* doch die Zeit davon. Ende der 90er Jahre nehmen Stagnation, Auflösung und auch spontaner Protest deutlich zu. Fidel Castro scheint aber weiterhin von seiner Fähigkeit, das politische System in seinem Sinne zu führen, tief überzeugt. Der *Caudillo* vertraut in seine rhetorische Kraft, in seine Fähigkeit, mit verschiedenen Fraktionen der politischen Elite und mit den Massen zu reden und manchmal auch zu spielen. Um politisch zu überleben, ist er nun auch wieder zum Nationalismus konvertiert. Castro vertraut auch darauf, dass trotz des fortgesetzten imperialen Anspruchs der USA Globalisierung und Fragmentierung der internationalen Strukturen weiterhin Räume für politische Autonomie, vor allem an der Peripherie, hervorbrin-

gen. Es ist ein Machtspiel, das Castro mittlerweile acht Präsidenten der USA und fünf Generalsekretäre der KPdSU überleben ließ. Dies ist eine Erfahrung, die tief sein Bewusstsein, sein Selbstverständnis prägt. Kein Schatten von Bedenklichkeit fällt auf sein politisches Handeln, auch wenn er eine von ihm selbst getroffene Entscheidung vom Tag zuvor gerade verwirft. Es ist seine Revolution und er hat es auch bisher peinlichst vermieden, einen (wirklichen) Nachfolger zu bestimmen. Personelle Machtalternativen, die innerhalb der Herrschaftspyramide entstanden, wurden von ihm stets konsequent ausgeschaltet.

Socialismo o Muerte, Sozialismus oder Tod, wurde Ende der 80er Jahre die neue Formel, mit der Fidel Castro seitdem seine Reden abschließt.²⁸ Bereits Ende der 80er Jahre hatte sein Bruder und offizieller Stellvertreter Raúl die Insel Kuba als "zweites Atlantis" bezeichnet, das eher im kapitalistischen Ozean untergehen werde als dass sich etwas an der sozialistischen Ordnung ändern würde. "Wir zittern der Zukunft entgegen", schrieb der kubanische Schriftsteller Jesús Díaz, der Anfang der 90er Jahre sein Land verlassen hat und heute in Madrid lebt und arbeitet. Die politischen Möglichkeiten für jene, die den Dialog suchen, sind in den letzten Jahren nicht besser geworden. Kontrolle durch den Staat ist das prägende Merkmal der Gesellschaft, nicht Autonomie gegenüber diesem (Gras Mediaceja 1995). Aber trotz der politischen "Elefanten" auf der Insel und im Exil, die immer wieder im zerbrechlichen Porzellan des kubanischen Dialogs herumtrampeln, muss das Gespräch mit allen weitergehen. Die Kanäle müssen für den Dialog, auch mit den Emigranten, offengehalten werden. Politik braucht einen Raum und in geschlossenen Gesellschaften ist dieser nicht oder kaum vorhanden. Dieser Raum kann auch nicht durch Druck von außen hergestellt werden. Die Erfahrungen Mittel- und Osteuropas haben dies gezeigt. Ein notwendiger und auch möglicher Demokratisierungsprozess in Kuba bedarf auch einer "karibischen Ostpolitik", die von den süd- und mittelamerikanischen Staaten, der Europäischen Union und natürlich auch von den USA getragen wird, und nicht eines verschärften Drucks durch das Embargo, unter dem vor allem die Bevölkerung zu leiden hat. Illusionen über den Einfluss beziehungsweise Druck von außen sollte man sich, auch aus der historischen Erfahrung heraus, nicht machen (Krämer 1995). Aber die internationale Gemeinschaft sollte und sie kann Brücken bauen: das Helms-Burton-Gesetz

²⁸ Sie löste die nicht weniger nekromantische Formel des *Patria o Muerte*, Vaterland oder Tod, ab, die 1960 wiederum aus der antispanischen Losung des 19. Jahrhunderts "Unabhängigkeit oder Tod" hervorgegangen war.

ablehnen, in Kuba investieren, Kontakte herstellen und trotz aller Widrigkeiten pflegen, den wissenschaftlichen Austausch durch Stipendien oder gemeinsame Seminare fördern. Die Welt muss auf Kuba zugehen und darf dieses Land nicht als Paria außen vor lassen. "Die politisch-pluralistische, d.h. demokratische Öffnung ist unausbleiblich", schrieb der auch in Kuba geschätzte Leipziger Historiker Manfred Kossok in einer seiner letzten Publikationen über die Karibikinsel (Kossok 1990). Wie diese konkret gestaltet wird, sollte aus den Erfahrungen der Geschichte heraus den Kubanern in ihrer Gesamtheit überantwortet werden. Über die politischen und sozialen Inhalte einer solchen Transformation müssen die Kubaner – *dentro y fuera de la Isla* – dann selbst diskutieren. Je früher dies passiert, desto besser für dieses Volk. Dabei wäre es zweifellos nützlich, wenn nicht nur einer zu Wort kommt, auch wenn dieser ein Meister des gesprochenen Wortes ist, sondern dass ein Dialog zwischen allen Kubanern auf den Weg kommt, der zu einer nationalen Versöhnung führen kann. Das ist heute ohne jeden Zweifel das Wichtigste in der kubanischen Politik.

Aus dem jugendlichen Revolutionär Fidel Alejandro Castro Ruz, der 1953 einem staunenden Gericht verkündete, dass ihn die Geschichte freisprechen werde, wurde mittlerweile ein alternder Patriarch. Dessen Herbst ist sicherlich gekommen, aber seine Zeit, das sollten wir nicht verkennen, ist noch nicht vorbei. Und es kann – trotz tropischer Hitze – noch ein langer Winter werden. Dass das Schicksal diesen alten Mann auf seiner Suche nach einem Platz in der Geschichte nicht ruhen lässt, mag man als ein menschliches Drama von epischer Größe empfinden; dass ihm dabei ein ganzes Volk folgen muss, ist eine Tragödie, die – so die bescheidene Hoffnung des Beobachters – nicht in einer Katastrophe enden möge.

Literaturverzeichnis

- Ackerman, Holly (1996/97): "Protesta social en la Cuba actual: los balseros de 1994". In: *Encuentro*, Nr. 3, S. 125-131.
- Azicri, Max (1980): "The Institutionalization of the Cuban State: A Political Perspective". In: *Journal of Interamerican Studies and World Affairs*, vol. 22, Nr. 3, S. 315-344.
- Bethell, Leslie (Hrsg.) (1993): *Cub. A Short History*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Bourne, Peter G. (1986): *Fidel Castro. "Máximo Líder" der kubanischen Revolution*. München: Heyne-Verlag.
- Cabrera Infante, Guillermo (1994): *Mea Cuba*. London: Faber and Faber.
- Centeno, Miguel A./Font, Mauricio (Hrsg.) (1996): *Toward New Cuba. Legacies of a Revolution*. Boulder: Westview Press.
- Dilla, Haroldo/Gonzalez, Gerardo/Vincentelli, Ana Teresa (1992): "Cuba's Local Governments: An Experience beyond the Paradigms". In: *Cuban Studies*, 22, S. 151-170.
- Di Palma, Giuseppe (1995): "Totalitarian Exits". In: Chehabi, Houchang E./Stepan, Alfred (Hrsg.): *Politics, Society and Democracy*, Boulder u.a.: Westview Press.
- Domínguez, Jorge I. (1991): "Las Fuerzas Armadas cubanas, el partido y la sociedad en tiempo de guerra y durante la rectificación (1986-1988)". In: *Síntesis*, Nr. 15.
- (1993): "The Secrets of Castro's Staying Power". In: *Foreign Affairs*, Nr. 2, S. 97-107.
- (1997): "Comienza una transición hacia el autoritarismo en Cuba?". In: *Encuentro*, 6/7, S. 7-23.
- (1998): "The Batista Regime in Cuba (1952-1958). Was it Sultanistic?". In: Chehabi, Houchang E./Linz, Juan J.: *Sultanistic Regimes*, Baltimore/London: Johns Hopkins University Press, S. 113-131.
- Eckstein, Susan E. (1994): *Back From The Future. Cuba Under Castro*. Princeton: Princeton University Press.
- Farber, Samuel (1983): "The Cuban Communists in the Early Stages of the Cuban Revolution: Revolutionaries or reformists?". In: *Latin American Research Review*, vol. 18, Nr. 1, S. XXXX.
- Fernández, Gerardo A. (1982): "The Freedom Flotilla: A Legitimacy Crisis of Cuban Socialism?". In: *Journal of Interamerican Studies and World Affairs*, vol. 24, Nr. 27, S. 183-209.
- Fontaine, Pascal (1998): "Lateinamerika, Heimsuchungen des Kommunismus". In: Courtois, Stéphane/Werth, Nicolas/Panné, Jean Louis et al. (Hrsg.): *Das Schwarzbuch des Kommunismus*, München: Piper, S. 711-730.
- Gras Mediaceja, Miriam (1995): *El sistema de Gobierno Cubano: Control vs. Autonomía* (memo), Havanna.
- Gunn, Gullian (1991): "Cuba in Crisis". In: *Current History*, Nr. 3 (März), S. 101-135.
- Hoffmann, Bert (Hrsg.) (1994): *Wirtschaftsreformen in Kuba. Konturen einer Debatte*. Frankfurt am Main: Vervuert.
- Jorge, Antonio (1994): "An Objectless Revolution: Cuba's Nominal Socialism as a Personal Project". In: *Journal of Interamerican Studies and World Affairs*, Nr. 1, S. 187-204.

- Kaufmann Purcell, Susan (1989): "Kuba auf neuen Wegen?". In: *Europäische Rundschau*, 2.
- (1990): "Cuba's Cloudy Future". In: *Foreign Affairs*, Nr. XX (Sommer), S. 113-130.
- Kossok, Manfred (1990): "Das kubanische Dilemma". In: *Weltbühne*, 85.
- Krämer, Raimund (1993): "Der alte Mann und die Insel. Kuba auf dem Weg zu einem spät-sozialistischen Caudillo-Regime". In: *Berliner Debatte Initial*, Nr. 2, S. 57-66.
- (1995): "Kuba, Demokratisierung und imperiale Macht". In: *WeltTrends*, Nr. 7, S. 92-113.
- (1998): *Der alte Mann und die Insel. Essays zu Politik und Gesellschaft in Kuba*. Berlin: Berliner Debatte Wissenschaftsverlag.
- LeoGrande, William M. (1978): "Continuity and Change in Cuban Political Elite". In: *Cuban Studies*, vol. 8, S. 1-31.
- (1979): "Party Development in Revolutionary Cuba". In: *Journal of Interamerican Studies and World Affairs*, vol. 21, Nr. 4, S. 457-480.
- Linz, Juan J. (2000): "Totalitäre und autoritäre Regime", hrsg. von Raimund Krämer, PTB 4, Berlin: Berliner Debatte Wissenschaftsverlag.
- Lockwood, Lee (1990): *Castros Cuba, Cuba's Fidel*. Boulder: Westview Press.
- Lynch, John (1992): *Caudillos in Spanish America (1800-1850)*. Oxford: Oxford University Press.
- Matthews, Herbert L. (1970): *Castro. Political Leaders of the Twentieth Century*. Harmondsworth: Penguin Books.
- Mesa-Lago, Carmelo (1983): *La economía en Cuba socialista. Una evaluación de dos décadas*. Madrid: Player.
- (1993) (Hrsg.): *Cuba. After the Cold War*. Pittsburgh/London: University of Pittsburgh Press.
- (1991): "La economía cubana en los ochenta: El retorno de la ideología". In: *Síntesis*, Madrid, Nr. 15, S. 243-282.
- Mesa-Lago, Carmelo/Fabian, Horst (1993): *Analogies between East European Socialist Regimes and Cuba: Scenarios for the Future*, in: Mesa-Lago 1993: 353-380.
- Mujal-León, Eusebio/Saavedra, Jorge (1997): "El posttotalitarismo carismático y el cambio de régimen. Cuba en perspectiva comparada". In: *Encuentro*, 6/7, S. 115-123.
- Niess, Frank (1992): "Die drei Blockaden Kubas". In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 8, S. 954-966.
- Planas, Richard J. (1992): "Why Does Castro Survive?". In: *World Affairs*, 154 (3).
- Rabkin, Rhoda (1990): "Implications of the Gorbachev Era for Cuban Socialism". In: *Studies in Comparative Communism*, Nr. 1, S. 23-46.
- (1991): "Instituciones y política 1970-1986". In: *Síntesis*, Nr. 15.
- Ritter, Archibald R. M. (1991): "Perspectivas para el Cambio Económico y Político en Cuba durante los Noventa". In: *Síntesis*, Nr. 15.
- Schulz, Donald E. (1993): "Can Castro Survive?". In: *Journal of Interamerican Studies and World Affairs*, Nr. 1, S. 89-117.
- Stahl, Karin (1996): "Politische Institutionalisierung und Partizipation im postrevolutionären Kuba". In: Barrios, Harald/Suter, Jan (Hrsg.): *Politische Repräsentation und Partizipation in der Karibik*, Opladen: Leske & Budrich.

- Suchlicki, Jaime (1988): *Historical Dictionary of Cuba*. Metuchen, N.J./London: The Scarecrow Press.
- Thomas, Hugh (1998): *Cuba: The Pursuit of Freedom*. New York: Da Capo Press.
- Waldmann, Peter (1978): "Caudillismus als Konstante der politischen Kultur Lateinamerikas?". In: *Jahrbuch für Geschichte von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft Lateinamerikas*, 15, S. 191-207.
- Weber, Max (1992): "Die drei reinen Typen der legitimen Herrschaft". In: Weber, Max: *Soziologie, Universalgeschichtliche Analysen, Politik*, Stuttgart: Alfred Kröner Verlag.
- Wittfogel, Karl (1962): *Die orientalische Despotie*. Köln.
- Zimbalist, Andrew (1993): "Dateline Cuba: Hanging on in Havanna". In: *Foreign Policy*, Nr. 92, S. 151-167.